

Nachrichten

Zwei Präsidenten nehmen den Hut

Arboldswil/Titterten. Fast zeitgleich haben die Präsidenten zweier Oberbaselbieter Nachbargemeinden ihren Rücktritt bekannt gegeben. Der Arboldswiler Preesi Rolf Neukom hat seinen Kollegen an einer kürzlich abgehaltenen Klausurtagung seinen Rücktritt per Ende Jahr angekündigt. Auf Mitte 2014 wird Rolf Rudin das Zepter in Titterten abgeben. Die Ersatzwahl in Arboldswil ist auf den 22. September angesetzt worden, die Titterter werden im Frühling nächsten Jahres an die Urne gebeten.

Polizei nimmt Diebespaar in Untersuchungshaft

Allschwil/Basel. Ein Diebespaar hat gegenüber der Baselbieter Staatsanwaltschaft mindestens sieben Portemonnaie-Diebstähle im Baselbiet gestanden, die meisten in Allschwil. Dazu weitere gleich gelagerte Delikte in den Kantonen Waadt, Zug und Zürich. Festgenommen wurden die 26-jährige Rumänin und ihr 22-jähriger Landsmann von der basel-städtischen Polizei bei einer Ladenkontrolle in einem Einkaufszentrum im Dreispitz. Wie die Baselbieter Polizei mitteilt, wurde das Paar aufgrund aktueller Fahndungsversuche an die Baselbieter Staatsanwaltschaft übergeben. Das Zwangsmassnahengericht verfügte Untersuchungshaft: drei Monate für den Mann, zwei für die Frau.

Vortrittsrecht missachtet und Unfall gebaut

Rünenberg. Drei leicht Verletzte forderte am Montagmorgen in Rünenberg eine Frontalkollision zwischen einem Kleinbus und einem Personenwagen. Laut Angaben der Polizei bog der Lenker eines Kleinbusses von der Hauptstrasse links in den Eselweg ein, wobei er das Vortrittsrecht einer entgegenkommenden Automobilistin missachtete. Es kam zur Kollision, bei der die 45-jährige Autofahrerin und zwei mitfahrende Kinder verletzt wurden.

Salmen-Loki wird wieder in Schuss gebracht



Rheinfelden. Die Bierstadt Rheinfelden schaut zu ihren Zeitzeugen. Der Stadtrat lässt die Dampfspeicherlok auf dem Salmen-Kreisel in der Baslerstrasse restaurieren. Anlässlich einer Gewerbeausstellung ist der historische Kreiselschmuck – die Lokomotive hat Baujahr 1903 – im Jahr 2008 eingeweiht worden. Pünktlich zur nächsten Gewerbeausstellung «grenzenlos 13» soll die Salmen-Loki ihren Ehrenplatz wieder erhalten. Die Restauration wurde bei der ortsansässigen Firma Josef Meyer Rail AG in Auftrag gegeben.

Gasauto verliert in Tiefgarage Treibstoff

Arlenheim. Wegen in einer Tiefgarage ausgetretenen Gases wurde gestern Morgen eine Liegenschaft an der Birsbeckstrasse evakuiert. Personen kamen nicht zu Schaden. Laut Mitteilung der Polizei trat das Gas aus dem Tank eines gasbetriebenen Autos aus, das kurz vorher betankt worden ist. Als Ursache wird ein Ventildefekt vermutet. Die Messungen der Feuerwehr ergaben keine explosionsgefährlichen Werte.

Gesamtschau Verkehr, Siedlung, Landschaft

Liestal. Die Baselbieter Regierung will eine Gesamtschau über Verkehr, Siedlung und Landschaft als Raumkonzept zusammenfassen und dieses bis 2015 in den kantonalen Richtplan eingliedern. Damit würden Bundesvorgaben erfüllt, teilt die Regierung mit.



Neuer Standort für Kantonsverwaltung. Das Liestaler Bahnhofgebäude (links) soll in den nächsten Jahren einem Neubau weichen. Foto Elena Monti

Befreiungsschlag für Kanton und SBB

Am Bahnhof Liestal ist ein gewaltiger Neubau geplant – Stadt erhofft sich Schubwirkung

Von Daniel Ballmer

Liestal. Das Ergebnis ist beeindruckend. Monatlang haben die Baselbieter Behörden und die SBB Gespräche geführt, gefeilscht, verhandelt. Und sie haben sich geeinigt. Noch ist nichts öffentlich, doch die BaZ weiss: Die Partner planen gemeinsam einen Neubau anstelle des Liestaler Bahnhofgebäudes. Dieses soll nun dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Dimensionen des geplanten Neubaus sind beeindruckend und werden das Geviert dominieren: fünf Stockwerke hoch und 140 Meter lang. Der Bau wird relativ schmal und sich einpassen zwischen den Geleisen und den Neubauten von Kantonbank und Migros-Pensionskasse.

Im Erdgeschoss werden die SBB untergebracht sein und von dort aus den Bahnhof Liestal betreiben. Die oberen Etagen werden vom Kanton bezogen, von der Bau- und Umweltschutzdirektion, von der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion sowie von der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion. Morgen Donnerstag wollen die Partner die Katze aus dem Sack lassen.

Dann werden SBB-Chef Andreas Meyer und Baudirektorin Sabine Pegoraro eine Absichtserklärung unterzeichnen, wie sie in ihrer gemeinsamen Medienmitteilung ankündigen. Für die SBB ist der neue Liestaler Bahnhof «ein wichtiger Puzzelstein im Rahmen der Infrastrukturvorhaben der SBB zwischen Basel und Gelterkinden». Im Jahr 2020 soll der Neubau bezogen werden.

Sparen durch Synergien

Und für die Baselbieter Kantonsverwaltung ist der Neubau ein Befreiungsschlag. Schon seit Jahren plant der Kanton an einem zentralen Verwaltungsbau herum. Heute sind über ganz Liestal verstreut an rund 50 Standorten kantonale Dienststellen untergebracht, teils im Eigentum, teils in Einmietung. Diese Verteilung ist nicht nur unwirtschaftlich, ein Teil der Liegenschaften erfüllt auch nicht mehr die heutigen Anforderungen. Schon 2007 hatte die Regierung das Hochbauamt daher mit einem Flächenmanagement beauftragt.

Lange war die Rede von einem zentralen Verwaltungsneubau. Die Regierung erhoffte sich dadurch Synergien,

die Einsparungen von geschätzten 1,6 Millionen Franken im Jahr ermöglichen. Zahlreiche Liegenschaften könnten abgestossen, Einmietungen gekündigt werden. Der Kanton hat bereits eine Immobilienstrategie entwickelt, ob er Liegenschaften veräussert, behalten oder vermietet will. Als Standort für den Verwaltungsneubau vorgesehen war lange Zeit das Gebiet Kreuzboden, auf dem ehemaligen Areal des Martin-Birmann-Spitals. Von diesem Standort aber ist die Regierung schon länger abgekommen.

Bereits im März kursierte verwaltungsintern ein Mail zum Flächenmanagement des Kantons. Schon damals war die Rede von einem Alternativstandort auf dem Bahnhofsboden. Demnach beantworteten die SBB bereits im vergangenen November eine entsprechende Anfrage des Baselbieter Hochbauamts. Das Bahnunternehmen hatte damals bestätigt, dass grundsätzlich die Bereitschaft bestehe, das Areal gemeinsam mit der Stadt Liestal und dem Kanton zu entwickeln. Laut der internen Mitteilung soll beim Landrat noch in diesem Jahr Planungs- und Projektierungskredit beantragt werden; 2017 werde die

Vorlage für den Baukredit folgen. Schon heute bewirbt Regierungsrätin Pegoraro das Projekt gar als Teil der Wirtschaftsoffensive, von der zahlreiche Politiker nun endlich konkrete Ergebnisse erwarten.

Wichtiges Aufbruchsignal

Erfreut zeigt sich Lukas Ott. Der Liestaler Stadtpräsident spricht von einer Win-win-Situation, bei welcher der Kanton, die SBB und auch die Stadt profitieren würden. So kommt die Verwaltung näher zum Stedtl, was neue Frequenzen fürs Gewerbe schaffe. Und das ist längst nicht alles: «Das ist auch ein wichtiges Aufbruchsignal für das Areal. Der Bahnhof sollte die Visitenkarte Liestals sein.» Darauf drängt die Stadt schon länger. Nun gebe der Kanton als Ankermieter den SBB die nötige Investitionssicherheit.

Für Liestal sei der Neubau auch als Impuls zu werten, um weitere Investoren und damit steuerzahlende Firmen anlocken zu können. «Und da sind wir sehr zuversichtlich», sagt Ott. Mit dem Projekt werde das Schwungrad in Bewegung gesetzt. «Wir haben rund um den Bahnhof ein wirklich grosses Potenzial.»

Streit um Geburtshilfe im Laufner Spital

Verantwortliche denken über Schliessung nach

Von Alessandra Paone

Liestal. Auf Rolf Richterichs Unterstützung kann Michael Rolaz, Geschäftsleiter des Kantonsspitals Laufen, wohl noch lange warten. Denn für den Laufner FDP-Landrat steht fest: «Die Geburtsabteilung des Spitals Laufen wird nicht geschlossen.» Richterich gilt als Verfechter des Laufentalvertrags. Dieser schreibt vor, dass die medizinische Grundversorgung am Standort Laufen gewährleistet wird und alle Disziplinen «dauernd» angeboten werden müssen.

Rolaz hatte in der gestrigen BaZ auf die geringen Fallzahlen der Geburtsabteilung hingewiesen. Im vergangenen Jahr habe das Spital gerade einmal 87 Geburten verzeichnet. «Das ist sehr wenig und macht weder wirtschaftlich noch medizinisch Sinn», stellte Rolaz fest. Doch solange die Politik nicht interveniere, sei das Spital gemäss Laufentalvertrag verpflichtet, die Geburtsabteilung weiterzuführen.

Richterich spielt den Ball zurück ans Kantonsspital Baselland. «Dann müssen sich eben die Verantwortlichen darum kümmern, dass es zu mehr Geburten kommt.» Man bringe es nicht einmal fertig, die Leute im Einzugsgebiet für eine Geburt in Laufen zu gewinnen. Da gehöre auch die Pflege der einweisenden Ärzte dazu.

Rolaz möchte nicht auf Richterichs Kritik eingehen. Das sei eine sehr heikle Angelegenheit, zu der nur Dieter

Völlmin, Verwaltungsratspräsident des Kantonsspitals Baselland, Auskunft gebe. Dieser wiederum verweist auf den Bericht der landrätlichen Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission zur Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen des Kantonsspitals Baselland. In diesem hielt Völlmin im Zusammenhang mit dem nicht kostendeckenden Angebot von Gynäkologie und Geburtshilfe in Laufen fest, dass man einen Weg finden müsse, um ein vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis und medizinische Qualitätsstandards zu vereinbaren.

Thüring offen für Diskussion

«Der Ball liegt nun bei uns», sagt Völlmin. Das Kantonsspital werde auf die Politiker zugehen und Vorschläge unterbreiten. Wie diese aussehen werden, wollte der Verwaltungsratspräsident nicht verraten. «Fakt ist, dass der Kanton Baselland dieses Jahr 900 000 Franken für die Gynäkologie und Geburtshilfe in Laufen zahlt», sagt Völlmin.

Offener als Richterich zeigt sich der Grellinger SVP-Landrat Georges Thüring. Ihm sei die Qualität am Spital Laufen wichtig, und mit so tiefen Fallzahlen sei diese in der Geburtsabteilung nicht mehr gewährleistet. Thüring ist bereit, über eine allfällige Schliessung der Abteilung zu diskutieren. Als Gegenleistung müsse aber das Kantonsspital Baselland langfristig an der Schmerzambulanz und diese weiterentwickeln.

Die Universität Basel soll mehr Medizinstudenten ausbilden

Aufnahmekapazität wird um 40 auf 170 Plätze erhöht

Von Daniel Ballmer

Liestal/Basel. An der Uni Basel sollen künftig deutlich mehr Ärzte ausgebildet werden. Die Regierungen der beiden Basel wollen die Aufnahmekapazitäten für das Studium der Humanmedizin um 40 Studienplätze pro Jahr erhöhen. Konkret soll die Studienplatzzahl von 130 auf 170 aufgestockt werden. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Kantonsparlamente von Basel-Stadt und Baselland dem Globalbeitrag 2014 bis 2017 an die Uni zustimmen, wie die beiden Regierungen gestern mitteilten.

Der Numerus clausus soll grundsätzlich bestehen bleiben. Die Erhöhung der Ausbildungskapazität sei aber nötig wegen des Mangels an Schweizer Ärzten. Damit werde auch auf parlamentarische Vorstösse auf nationaler wie auf kantonaler Ebene reagiert. Diese verlangten eine Erhöhung der Schweizer Ausbildungskapazitäten für die Humanmedizin. Vorgesehen ist, die Kapazität gesamtschweizerisch um 30 Prozent zu erhöhen.

Viel mehr Anmeldungen

Mit der Erhöhung machen die beiden Basler Regierungen ihre Ankündigung wahr. Noch im April hatten sie die Weiterführung des Numerus clausus bestätigt. Auch im akademischen Jahr 2013/2014 wird es demnach an der Uni Basel die Zulassungsbeschränkung für das Studium der Humanmedizin, Zahnmedizin sowie der Sportwissenschaften geben. Die Anmeldungen in allen drei

Studienrichtungen haben die Studienkapazität deutlich überschritten. Für die Zulassung zum Medizinstudium werden nun unter Federführung der Schweizerischen Universitätskonferenz gesamtschweizerisch koordinierte Eignungstests durchgeführt.

Die Kapazität der Studienplätze sei bereits im vergangenen Sommer festgelegt worden, hatte die Baselbieter Regierung im April das Auswahlverfahren trotz dem drohenden Ärztemangel begründet. Damals hatte sie aber auch ergänzt, dass geplant sei, frühestens aufs Studienjahr 2014/2015 die Kapazität der Studienplätze für Medizin schweizweit um 30 Prozent zu erhöhen. Doch auch danach werde es weiterhin eine Zulassungsbeschränkung geben.

Selektion soll Qualität garantieren

Grundsätzlich aber hält man es in der Verwaltung auch für sinnvoll, den Eignungstest beizubehalten. «Wenn wir 780 Studieninteressierte haben, und momentan 130 davon einen Platz bekommen, dann müssten wir mit 30 Prozent zusätzlicher Kapazität immer noch 170 auslesen», argumentierte Joakim Rüeegg kürzlich in der «Basellandschaftlichen Zeitung». Für den Leiter Hochschulen im Basler Erziehungsdepartement ist ein Eignungstest ein gutes Messinstrument der Studierfähigkeit.

Es gehe nicht darum, dass mehr Medizinstudenten anfangen, sondern darum, dass mehr den Abschluss schaffen: «Die Selektion sorgt dafür, dass wir eine höhere Abschlussquote haben.»